

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport

Sitzungsdatum: Dienstag, den 22.03.2011
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 18:56 Uhr
Ort, Raum: Sitzungsraum E26

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Wolfram Amelung

Herr Karl-Heinz Böckmann

Herr Kurt Ernst

Herr Norbert Hinzke

Herr Karlheinz Rießelmann

Herr Konrad Rohe

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Joachim Specht

Herr Werner Steinke

Herr Clemens Westendorf

Vertretung für Herrn Dirk Christ

bis TOP 3.

Vertretung für Herrn Josef Nordlohne

Hinzugewählte

Frau Agnes Heine

Herr Daniel Hempelmann

Bürgermeister

Herr Hans Georg Niesel

Verwaltung

Herr Tobias Gerdesmeyer

Herr Walter Becker

Frau Cornelia Heidkamp

Gäste

Herr Sander

zu TOP 3.

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Christ

Herr Christian Fahling

Herr Josef Nordlohne

Frau Edith Schneemann

Tagesordnung:

Öffentlich

1. Genehmigung der Niederschrift von der Sitzung am 11.11.2010
2. Pflichtenbelehrung und Verpflichtung des hinzugewählten Schülerverevertreters im Schulausschuss
Vorlage: 40/019/2011
3. Information zur Ganztagschule
Vorlage: 40/018/2011
4. Bericht von der 39. Sitzung des Kulturforums
Vorlage: 40/020/2011
5. Bericht von der Schulbesichtigung am 14.03.2011
Vorlage: 10/097/2011
6. Sportstättenbedarfsplan
Vorlage: 10/087/2011
7. Mitteilungen und Anfragen

Öffentlich

1. Genehmigung der Niederschrift von der Sitzung am 11.11.2010

Die Niederschrift wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 12 , Enthaltungen: 1

2. Pflichtenbelehrung und Verpflichtung des hinzugewählten Schülervertreters im Schulausschuss Vorlage: 40/019/2011

Der Punkt entfiel, weil der Schülervertreter nicht erschienen war.

zurückgestellt

3. Information zur Ganztagschule Vorlage: 40/018/2011

In den Grundschulen wird derzeit das Thema „Ganztagschule“ diskutiert. In einem Gespräch mit allen Grundschulleiterinnen wurde die Notwendigkeit eines Ganztagsangebotes erörtert. Grundsätzlich wurde dort ein Bedarf für ein Ganztagsangebot gesehen. Vereinbart wurde daher, dass die Grundschulleiterinnen die Eltern ihrer Schüler über Änderungen, die sich aus einem Ganztagsbetrieb ergeben, informieren und eine erste Meinungsumfrage vornehmen. Auf der Grundlage des Elternwillens soll in den Schulen möglichst bis zu den Sommerferien über die Einführung eines Ganztagsangebotes entschieden werden. Ein entsprechender Antrag könnte danach über die Stadt Lohne als Schulträgerin an das Niedersächsische Kultusministerium gestellt werden.

Zur Vorbereitung auf die Beratung über derartige Anträge wurden dem Schulausschuss die mit einem Ganztagsbetrieb verbundenen Änderungen erläutert. Herr Sander von der Landesschulbehörde Osnabrück, Außenstelle Vechta, informierte über die Gründe für die Einführung, die Organisation und die Ausgestaltung einer Ganztagschule sowie das Genehmigungsverfahren anhand einer Power-Point-Präsentation. Er legte dar, dass die Anzahl der Ganztagschulen in Niedersachsen seit ihrer Einführung stetig gestiegen ist.

Im Grundschulbereich werden nur sog. Offene Ganztagschulen genehmigt. Dabei ist die Teilnahme am Nachmittagsangebot grundsätzlich freiwillig; nach der Anmeldung für einen bestimmten Zeitraum jedoch für diese Zeit verpflichtend. Dieses wird regelmäßig von der Schule abgefragt, so dass sich Eltern immer wieder neu entscheiden können. Ein offenes Angebot muss an mindestens 3 Tagen vorgehalten werden und soll in Kooperation mit außerschulischen Partnern, d. h. Vereinen, Ehrenamtlichen oder anderen Bildungseinrichtungen ausgestaltet werden. Im Rahmen des Ganztagsangebotes muss eine Mittagspause und ein Mittagessen angeboten werden, wobei zum Kauf des in der Schule angebotenen Mittagessens nicht verpflichtet werden kann. In das Nachmittagsangebot wird die Hausaufgabenbetreuung einbezogen. Darüber hinaus werden AGs und Projekte angeboten.

Der Antrag auf Errichtung einer Ganztagschule für das kommende Schuljahr muss bis zum 30.11. beim Niedersächsischen Kultusministerium gestellt sein. Dabei ist die Zustimmung des Schulvorstandes, des Schulelternrates, des Schulträgers und des Trägers der Schülerbeförderung notwendig. Die Gesamtkonferenz sollte rechtzeitig beteiligt werden. Jede Schule muss ein pädagogisches Konzept für die Ausgestaltung des Ganztagsangebotes vorlegen.

Bürgermeister Niesel gab zu bedenken, dass das Ganztagsangebot eine wichtige Rolle spielt, aber mit einer Betreuungszeit bis ca. 15:30 Uhr nicht alle Probleme lösen kann. Dafür gibt es grundsätzlich Horte; doch das würde für die Schüler den Wechsel von der Ganztagschule in einen Hort bedeuten. Hier sollte überlegt werden, ob der zeitliche Betreuungsrahmen in der Grundschule mit Hilfe außerschulischer Kooperationspartner um 1 bis 2 Stunden erweitert werden kann, um dem Betreuungsbedarf der Eltern Rechnung zu tragen, den Kindern nicht eine zweite Einrichtung zuzumuten und die strengen, kostenintensiven Voraussetzungen (des Landesjugendamtes) einer Horteinrichtung zu vermeiden. Grundsätzlich sollten die Bauerschaftsschulen nicht anders behandelt werden als die Schulen im Stadtgebiet und möglichst alle Grundschulen gleichzeitig ein Ganztagsangebot einrichten.

In verschiedenen Wortmeldungen wurde die für berufstätige Eltern nicht ausreichende Betreuungszeit sowie die organisatorische Mehrbelastung für die Schulleitung kritisiert. Den Schulleitungen entstehen mit einem Ganztagsangebot vielfältige Aufgaben und Mehrarbeit, hierfür werden aber keine Zusatzstunden oder Entlastungsstunden gewährt.

Der Gedanke einer Erweiterung des zeitlichen Betreuungsangebotes über das eigentliche Ganztagsangebot hinaus wurde begrüßt. Unter Kostenbeteiligung der Eltern könnte versucht werden, dem Betreuungsbedarf entsprechende Verlängerungszeiten anzubieten. Dieses sollte möglichst in Trägerschaft der Schule mit Hilfe Dritter als sog. sonstige Tageseinrichtung realisiert werden, um ein Parallelangebot von Ganztagschule und Hort zu vermeiden. Herr Sander wies auf Ziffer 8.2 des Erlasses „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule vom 16.03.2004“ hin, welche den Schulen und Schulträgern Möglichkeiten eröffnet. Ein flächendeckendes Hortangebot dürfte ohnehin schwierig zu realisieren sein, da der Landkreis Vechta angekündigt hat, Hortangebote in den Gemeinden nicht mitzufinanzieren. In weiteren Wortmeldungen wurde vermutet, dass lediglich ein Teil der Kinder aus der Ganztagsbetreuung von einer erweiterten Betreuungszeit Gebrauch machen werde. Zur Finanzierung eines erweiterten Betreuungsangebotes wurde darauf hingewiesen, dass eine Gebühr in Anlehnung an die Hortgebühr denkbar sei. Diese falle wegen des geringeren zusätzlichen Betreuungsumfanges entsprechend niedriger aus als bei einer Betreuung ausschließlich im Hort und komme damit den Eltern finanziell entgegen.

Auf Anfrage erläuterte er weiter, dass aufgrund eines bestimmten pädagogischen Angebotes im Ganztagsbereich Eltern nicht die Schulbezirksgrenzen umgehen und die Anmeldung in einer bestimmten Grundschule verlangen können.

Zur Finanzierung eines Ganztagsangebotes wies der Vorsitzende außerdem auf das Projekt Schule und Verein hin, dessen Nutzung im Rahmen des Ganztagsangebotes geprüft werden sollte. Dienstverträge mit Personen, die bestimmte Projekte betreuen, sind möglich.

Der Ausschussvorsitzende danke Herrn Sander für seine Ausführungen und verabschiedete ihn.

zur Kenntnis genommen

4. Bericht von der 39. Sitzung des Kulturforums **Vorlage: 40/020/2011**

Das Kulturforum hat in seiner letzten Sitzung grundsätzliche Überlegungen zu Aufgaben, Zielen und Organisation angestellt. Für die weitere Arbeit wollte es sich Impulse von außen holen, beispielsweise sich informieren, wie in anderen Städten Kulturarbeit funktioniert. Dazu sollten Vorschläge in der nächsten Sitzung erörtert werden. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Kultur ein Wirtschaftsfaktor ist, der bei Unternehmen, die sich in Lohne niederlassen wollen, zunehmend an Bedeutung gewinnt. Es gibt gute und vielfältige Veranstaltungs-

reihen in Lohne, wie beispielsweise Meisterkonzerte, Theaterring und Freilichtbühne, die jedoch stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung transferiert werden müssten.

Für die nächsten Kulturtage wurde der Zeitraum vom 04. – 13.05.2012 anvisiert.

Der Schulausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis und stimmte dem Terminvorschlag für die Kulturtage 2012 einstimmig mit 12 Ja-Stimmen zu.

zur Kenntnis genommen

5. Bericht von der Schulbesichtigung am 14.03.2011 **Vorlage: 10/097/2011**

Hierzu wurde allen Ausschussmitgliedern die Niederschrift vorgelegt.

Der Schulausschuss hat am 14.03.2011 Schulen besucht, die hierfür einen Bedarf angemeldet hatten oder in dieser Wahlperiode des Rates vom Schulausschuss noch nicht besucht wurden. Über die Besichtigung berichtete Städtischer Direktor Becker.

Auf Anfrage zu früheren Vandalismusvorfällen bei der Ketteler-Schule teilte er mit, dass die Problematik mit Vertretern der Verwaltung, der Polizei, der Schule, der Anwohner und des Präventionsrates erörtert wurde. Maßnahmen wurden in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25.01. unter TOP 8. beraten und anschließend entsprechend dem Beschluss umgesetzt. Die Schulleitung hat bestätigt, dass sich danach die Situation beruhigt habe.

Eine Sprecherin wies auf den Sanierungsbedarf der Damenduschen in der Sporthalle bei der Franziskus-Schule, der Küche in der Von-Galen-Schule sowie des Eingangsbereichs dieser Schule hin. Ein anderer Sprecher fragte, ob das Konzept des jahrgangsübergreifenden Unterrichtes im Zusammenhang mit dem Thema Inklusion in einer der nächsten Sitzungen des Schulausschusses beraten wird. Der Vorsitzende erläuterte dazu, dass der Schulausschuss nicht die Möglichkeit hat, auf pädagogische Inhalte der Schule einzuwirken.

Der Schulausschuss hat den Bericht im Übrigen

zur Kenntnis genommen

6. Sportstättenbedarfsplan **Vorlage: 10/087/2011**

Die SPD/G.U.F.-Gruppe stellte mit Schreiben vom 15.02.2010 einen Antrag auf Erstellung eines Sportstättenbedarfsplanes und Beratung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport. In der Sitzung des Ausschusses am 10.06.2010 wurde der Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen und in der folgenden Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossen, eine Betrachtung des Ist-Zustandes unter Berücksichtigung der zu erwartenden künftigen Nutzer von Sportstätten zu erarbeiten.

Von der Verwaltung wurde der Bestand aller Sportstätten im weiteren Sinne mit Angabe der nutzbaren Flächen ermittelt. Weiter wurden die Belegungen aller Sporthallen und Einrichtungen zusammengestellt. Die Unterlagen, die allen Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugegangen waren, beinhalteten außerdem eine Aufstellung mit den Zahlen der Vereinsmitglieder und den Schülerzahlen. Darüber hinaus war ein Vermerk beigefügt, der die Grundsätze der Bedarfsplanung erläuterte.

Summarisch konnte festgestellt werden, dass die Stadt Lohne mit Sportstätten in vielfältiger Weise sehr gut ausgestattet ist. Vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen gilt

dies auch für den Schulsport. Insbesondere in den Sommermonaten sind ausreichende Hallenkapazitäten vorhanden. Damit sollte nicht ausgesagt werden, dass alle Bedürfnisse nach sportlicher Betätigung restlos gedeckt sind. Sicherlich könnten durch Befragungen Wünsche nach einer weiteren Optimierung des schon sehr vielfältigen und umfassenden Sportangebotes geweckt werden.

Die Einrichtung weiterer Sporthallen oder größerer Sportstätten wäre allerdings aus wirtschaftlichen Gründen wegen der hohen Personal-, Unterhaltungs- und Abschreibungskosten derzeit kaum zu ermöglichen. Es erscheint daher vertretbar, den Bestand auf hohem Niveau einige Zeit so bestehen zu lassen. Eine Ergänzung des Angebotes für die Ausübung nicht alltäglicher Sportarten oder bei erkennbaren Engpässen könnten bei einem oft auch über Anträge der Vereine deutlich werdenden Bedarf in Zukunft jederzeit beraten werden. Beispielsweise erwähnt sei hierzu die geplante und noch nicht aufgeführte Beachvolleyballanlage auf der Sportanlage Adenauerring oder die Eisbahn in Hopen.

Ein Sprecher der SPD/G.U.F.-Gruppe dankte für die ausführliche, gut nachvollziehbare Ausarbeitung und gab zu bedenken, dass sowohl die Entwicklung der Schüler- als auch der Bevölkerungszahlen beobachtet werden müsse und wies darauf hin, dass sich die Zahlen voraussichtlich regional unterschiedlich verändern werden. Auf Anfrage wurde verwaltungsseitig bestätigt, dass die Nutzung der kreiseigenen Sporteinrichtungen über den Landkreis Vechta geregelt wird.

Der Schulausschuss hat den Bericht

zur Kenntnis genommen

7. Mitteilungen und Anfragen

7.1. Vorfälle auf dem Gelände der Ketteler-Schule

Hierzu wurden bereits unter TOP 5. „Schulbesichtigung“ Ausführungen gemacht.

7.2. Bericht über das Regionale Integrationskonzept Marienschule / Von-Galen-Schule

Hierzu erläuterte Städtischer Direktor Becker, dass zukünftig Schüler mit Förderbedarf grundsätzlich in der Regelgrundschule bleiben sollen. Anstelle einer Überweisung in die Förderschule werden zukünftig der Grundschule für den erhöhten Förderbedarf zwei Förderschullehrerstunden je Klasse gewährt. In einem Modellversuch, das sich Regionales Integrationskonzept nennt, wird dieses Verfahren mit der Von-Galen-Schule getestet, um dann im Jahr 2012, wenn alle Grundschulen so arbeiten müssen, auf Erfahrungen dieses Versuches zurückgreifen zu können.

7.3. Oberschule

Hierzu berichtete Bürgermeister Niesel von einem Gespräch mit den Schulleitern der Hauptschule sowie der Realschulen. Im Ergebnis sahen die Schulleiter keinen dringenden Handlungsbedarf, sondern regten an, die Gesetzesänderungen abzuwarten, um dann auf verlässlicher Basis unter Einbeziehungen der Eltern und des Schulausschusses zu beraten. Das Schulgesetz wurde jedoch im Hinblick auf Änderungen zur Oberschule noch nicht neu gefasst, so dass derzeit lediglich Vorüberlegungen angestellt werden können.

In der Zwischenzeit hat ein zweites Gespräch unter Einbeziehung der Elternvertreter stattgefunden. Darin wurde deutlich, dass großer Informationsbedarf besteht. Ein weiteres Gespräch mit Herrn MdL Klare, Schulleitern und Elternvertretern wird daher folgen, um sich

über die Ziele der Landespolitik sowie die Rahmenbedingungen der Oberschule informieren zu lassen. Eine große Informationsveranstaltung für alle interessierten Eltern ist in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Änderung des Schulgesetzes entweder kurz vor oder nach den Sommerferien geplant, um das Thema auf eine breite Basis zu stellen, allen den gleichen Informationsstand zu vermitteln und letztlich den Bedarf für eine Oberschule festzustellen. Eine Aussage zur Einführung der Oberschule kann jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

7.4. Überdachung des Eingangsbereiches der Sporthalle Adenauerring

Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass der Auftrag erteilt wurde.

7.5. Eisbahn in Hopen

Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass die Arbeiten im Laufe des Jahres ausgeführt werden, so dass im kommenden Winter bei entsprechendem Wetter eine Natureisbahn realisierbar ist.

7.6. WC-Anlagen bei der Wassermühle

Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass der Kunstverein an einem Vorschlag arbeitet.

7.7. Beachvolleyballfeld bei der Sportanlage Adenauerring

Der Vorsitzende teilte mit, dass das Beachvolleyballfeld am geplanten Standort schwer realisierbar ist, weil der Bereich von LKWs und Sanitätsfahrzeugen nicht angefahren werden kann. Im Hinblick auf 5 LKW-Ladungen Sand, die jährlich ausgetauscht werden müssen, muss über die Standortwahl auch aus Kostengründen noch einmal nachgedacht werden.

7.8. Besuch einer Rixheimer Delegation im April

Der Ausschussvorsitzende appellierte eindringlich an die Anwesenden, Rixheimer Gäste aufzunehmen oder zu betreuen und erinnerte daran, dass beim vorangegangenen Besuch der Lohner Ratsmitglieder in Rixheim die Unterbringung auch ganz überwiegend privat gewährleistet wurde.

H. G. Niesel
Bürgermeister

Werner Steinke
Vorsitzender

Cornelia Heidkamp
Protokollführer